

Finanzantrag: AG Privatisierung an den Attac-Herbstratschlag vom 6. bis 8. 11.2015 in Mannheim

Aktivitäten der bundesweiten AG Privatisierung im Jahr 2016

Hiermit beantragen wir für die AG Privatisierung neben dem regulären Gruppenetat von 1.000 Euro eine zusätzliche Summe von 3.250 Euro für unsere bundesweite Arbeit, insbesondere für eine Kampagne gegen eine großangelegte Privatisierungswelle im Verkehrssektor durch eine sogenannte „Infrastrukturgesellschaft für Bundesfernstraßen“.

Wer?

- Attac AG Privatisierung (bundesweite AG),
- AG Argumente Attac Berlin,
- AG Bahn Attac Berlin,

... in Kooperation mit dem Verein Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB).

Ver.di arbeitet mit gleicher Zielsetzung ebenfalls am Thema, es bestehen enge Kontakte.

Was?

Die Bundesregierung betreibt aktuell eines der größten Privatisierungsvorhaben seit der geplanten Privatisierung der Bahn. Diese Pläne will die bundesweite Attac AG Privatisierung mit einer bundesweiten Kampagne verhindern.

Kern des Vorhabens ist ein Vorschlag der Fratzscher-Kommission für eine privatrechtliche, (teil-)privatisierbare "Autobahn-Infrastrukturgesellschaft" als Sachzwang-Antwort auf die Schuldenbremse. Unter anderem soll dafür das Grundgesetz geändert werden. Diese Gesellschaft soll dann in großem Umfang Steuergelder und Mautgebühren einsammeln – und daraus (ÖPP-) Finanzprodukte formen, in die wieder private Investoren Kapital anlegen und dann daraus eine garantierte Rendite beanspruchen können. Eine Art ÖPP-Maschine also, die zudem ähnlich wie die Deutsche Bahn AG weitgehend der demokratischer Kontrolle entzogen wäre. Die Größenordnungen sind dabei gewaltig, so soll die Autobahn-Infrastrukturgesellschaft den gegenwärtigen Investitionsstau auflösen, der mit 100 Milliarden Euro (nach andern Quellen: 150 Milliarden Euro) beziffert wird.

Diese Pläne werden aktuell unter Hochdruck vorangetrieben: Eventuell in diesem Jahr könnte das Kabinett einen ersten Entwurf. Auch die Länder tagen in dichtem Takt: bis zum Frühjahr werden sich die Verkehrsminister drei Mal treffen, dann soll alles „geklärt“ sein – das bedeutet, es ist zu befürchten, dass seitens der Länder dann der Grundgesetzänderung zugestimmt wird.

Die "Autobahn-Infrastrukturgesellschaft" führt auch in eine umwelt- und verkehrspolitische Katastrophe. Während das Geld an die "Autobahn-Infrastrukturgesellschaft" unumstößlich fließen darf (und wegen der Renditegarantie auch muss), streiten sich die ökologischen Verkehrsträger um das Wenige, was übrig bleibt. Und zwar unter dem Damoklesschwert der Schuldenbremse - die für die "Autobahn-Infrastrukturgesellschaft" nicht gilt.

Und natürlich geht es auch um Stellenabbau: Wenigstens 18.000 Stellen im öffentlicher Dienst würden mitprivatisiert, viele davon werden womöglich abgebaut (bei der DB AG war es die Hälfte).

Nutzen des Projekts für Attac insgesamt

- Die Schwerpunktkampagne soll verhindern, dass Privatisierung via Autobahn-Infrastrukturgesellschaft ohne jegliche öffentliche Auseinandersetzung im Schnellverfahren durchgedrückt wird. Attac kann wie bei der Bahnprivatisierung als ernstzunehmender Akteur gegen neoliberale Projekte - hier: die Privatisierung - hervortreten.
- Dazu sollen Gruppen, die zum Thema Privatisierung arbeiten, über die Hintergründe und Folgen der beschriebenen aktuellen Privatisierungswelle informiert und zur Mitarbeit an dem Projekt angeregt werden.
- Es soll eine Vernetzung und Zusammenarbeit dieser Gruppen mit Fokus auf die Kampagne etabliert werden. Insbesondere regional und lokal arbeitende Gruppen sollen in den Stand versetzt werden, das Projekt über die Kritik an Autobahn-ÖPPs vor Ort politisch anzugreifen.

Schnittstellen sollen auch zu Attac-Aktivitäten ausgemacht werden, die in anderer Schwerpunktsetzung mit Privatisierungsprojekten zu tun haben. Eng verwandt ist das Thema Schulden, ebenso die Schuldenbremse und auch die Bezüge zur Privatisierungswelle in Griechenland (Griechenland hat sich u.a. durch viele ÖPPs verschuldet, diese Schulden sollen jetzt durch weitere Privatisierungen beglichen werden - eine absurde Logik, die nun bald auch für Deutschland gelten soll).

Den regulären Gruppenetat in Höhe von 1000 Euro wollen wir für bundesweite Treffen der BAG Privatisierung (siehe Tabelle) aufwenden sowie für die Aktivitäten der BAG Privatisierung, die auf den beiden diesjährigen Jahrestreffen vereinbart wurden (Aufklärung zur Fratzscher-Kommission und zur ÖPP-Offensive von Minister Dobrindt). Die Treffen sollen vor allem der Koordination des Gesamtprojektes und der Einbindung von weiteren Attac-Strukturen dienen.

Die vollständige Finanztafel ist beigelegt.

Viele Grüße:

Dorothea Härlin, Carl Waßmuth

für die Aktiven der AG Privatisierung

Auflistung der Aktivitäten	Aufwand	Beitrag Kooperationspartner	Beantragte Summe
1. Reguläre Aktivitäten der AG Privatisierung			1.000,00 €
2. Schwerpunktkampagne zu Autobahn-Infrastrukturgesellschaft			
2.1 Kampagnenmaterial			
Handreichung/Flyer	Grafikdesign, Druck, Versand	400,00 €	400,00 €
2.2 Kampagnenaktivitäten			
Bundesweite Unterschriftensammlung	Druck und Versand von Unterschriftenlisten	50,00 €	50,00 €
Bundesweite Diskussions- und Infoveranstaltungen	Vorbereitung, Durchführung, Honorar ReferentInnen, Reisekosten	600,00 €	400,00 €
Aktionen	Material, Pressevorbereitung, Fotograf	100,00 €	1.000,00 €
2.3 Öffentlichkeitsarbeit			
Bewerbung von Infoveranstaltungen	Einladungsschreiben, Versand	150,00 €	150,00 €
2.4 Netzwerkarbeit			
Organisation und Durchführung bundesweiter Treffen verschiedener Attac-Arbeitsgruppen und Regionalgruppen	Reisekosten, Materialkosten		500,00 €
ExpertInnen-Workshops zur Planung der Kampagne und Aufbereitung von Materialien	Raummiete, Material, Reisekosten	1.500,00 €	750,00 €
Beitrag Kooperationspartner		2.800,00 €	
Beantragte Summe gesamt			4.250,00 €